

12.01.2010 / Inland / Seite 5

Rache für Morsleben

Zeitungsbericht: Gorleben wurde 1977 aus politischen Gründen zum Endlagerstandort bestimmt. Retourkutsche der Niedersachsen-CDU für DDR-Endlager
Max Eckart

Daß es bei der Auswahl von Gorleben als künftigem Standort eines »Nuklearen Entsorgungszentrums« vor mehr als 30 Jahren nicht mit rechten wissenschaftlichen Dingen zuging, wurde schon länger vermutet. Am Montag von der tageszeitung auszugsweise bekannt gemachte Kabinettsprotokolle und andere Schriftwechsel aus der damaligen Zeit belegen, daß geologische Aspekte bei der Benennung Gorlebens tatsächlich nur eine nachrangige Rolle spielten.

Demnach hatte die damalige niedersächsische Landesregierung von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) im Februar 1977 Gorleben vielmehr wegen seiner »Zonenrandlage«, der hohen Erwerbslosigkeit im strukturschwachen Wendland, der relativen Erdbebensicherheit der Region und einer großen nicht bebauten Fläche über dem Salzstock favorisiert. Neben einem Endlager, so damals die hochfliegenden Pläne, sollten hier auf einem bis zu zwölf Quadratkilometer großen überirdischen Areal nämlich auch eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage, mehrere Zwischenlager und weitere Nuklearanlagen entstehen.

In den 1970er Jahren befaßten sich im Auftrag der Landesregierung zwei Arbeitsgruppen mit der Standortsuche. Ein Team um den damaligen Geologie-Professor Gerd Lüttig untersuchte bundesweit Hunderte Salzstöcke - Gorleben kam dabei nicht in die engste Auswahl. Zeitgleich machte sich eine interministerielle Arbeitsgruppe auf die Suche. Unter den 23 in einem Ausschlußverfahren ausgesiebten Salzstöcken war auch Gorleben. Diese Standorte, so jedenfalls legen es die Kabinettsprotokolle nahe, wurden mittels einer Punktetabelle bewertet. Unter geologischen Aspekten schnitt Gorleben miserabel ab: Es erreichte nur 32 von 266 möglichen Punkten - und erhielt trotzdem den Zuschlag.

Wie die taz unter Berufung auf bislang vertrauliche Dokumente weiter berichtete, setzte Albrecht die Benennung von Gorleben damals gegen den ausdrücklichen Willen der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD) durch. Der Bund habe »Schwierigkeiten für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR« sowie Geldforderungen aus Ost-Berlin gefürchtet.

Hinzu seien Bedenken gegen eine grenznahe Wiederaufarbeitungsanlage gekommen, mit der atomwaffentaugliches Plutonium erzeugt werden konnte: »Die Bundesressorts sind der Auffassung, daß ein Entsorgungslager auf dem Salzstock Gorleben von der DDR durch eine »Handstreichaktion« unterhalb der Schwelle der kriegerischen Auseinandersetzung in Besitz genommen werden könnte«, zitiert das Blatt aus einer Kabinettsvorlage. Der Bund hat demnach sogar geprüft, ob »wegen des eventuell bedeutsamen Materials« die NATO eingeschaltet werden solle.

Die Einwände der Bundesregierung überzeugten Albrecht damals offenbar nicht. Nach Angaben des emeritierten Geologie-Professor Gerd Lüttig, der in den 1970er Jahren mit der Suche nach Salzstöcken für ein Endlager beauftragt war, hatte es Gorleben dem niedersächsischen Ministerpräsidenten gerade wegen seiner Grenznähe angetan. »Er wollte einen Standort in der Nähe der damaligen Zonengrenze haben, weil die Ostzonalen, wie er immer sagte, uns die Geschichte mit ihrem Endlager Morsleben eingebracht hatten«, so Lüttig gegenüber jW.

Atomkraftgegner aus dem Wendland sehen in Gorleben inzwischen »die nächste Investitionsruine der Atomindustrie«, falls die Bundesregierung weiter auf den Ausbau des Endlagers setze. Nach den Enthüllungen des vergangenen Jahres, daß ein maßgebliches Gorleben-Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt 1983 auf Weisung der damaligen Bundesregierung umgeschrieben wurde, schlugen nun die zweifelhaften Auswahlkriterien auf die Gorleben-Befürworter zurück, erklärte gestern die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Gleichzeitig kündigten die Atomgegner für dieses Jahr Massenproteste an den Gorlebener Atomanlagen und gegen Castortransporte an.